



S t a t u t e n

der

REGIONALFLUGPLATZ JURA-GRENCHEN AG

mit Sitz in 2540 Grenchen

Fassung vom 16. Juni 1997

I. FIRMA, SITZ, ZWECK UND DAUER DER GESELLSCHAFT

Art. 1

Unter der Firma

Regionalflugplatz Jura-Grenchen

besteht auf unbestimmte Dauer eine Aktiengesellschaft mit Sitz in Grenchen.

Art. 2

Die Gesellschaft bezweckt im öffentlichen Interesse der Jurafussregion den Erwerb, die Erstellung, den Betrieb und den Unterhalt eines Regionalflugplatzes in Grenchen, sowie den Betrieb einer Flugschule und die Ausführung von gewerbsmässigen Flügen im nicht regelmässigen Luftverkehr und zwar unter Beibehaltung des schweizerischen Charakters. Den Betrieb einer Flugschule und die Ausführung von gewerbsmässigen Flügen im nicht regelmässigen Flugverkehr kann der Verwaltungsrat gegen angemessene Entschädigung auch an Dritte übertragen.

Die Gesellschaft kann Liegenschaften kaufen, belasten und veräussern.

II. AKTIENKAPITAL UND AKTIEN

Art. 3

Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt SFR. 300'000.-- (dreihunderttausend Schweizerfranken) und ist voll liberiert.

Es ist eingeteilt in 600 Namenaktien zu je Fr. 500.--.

Die Gesellschaft ist berechtigt, anstelle einzelner Aktien Zertifikate über mehrere Aktien auszugeben. Die Aktientitel oder Zertifikate werden ohne Dividendencoupons abgegeben und tragen die Unterschrift des Präsidenten des Verwaltungsrates. Auf dem Wege der Statutenänderung kann die Generalversammlung jederzeit Inhaberaktien in Namenaktien und Namenaktien in Inhaberaktien umwandeln.

Das Eigentum oder die Nutzniessung an einer Aktie oder einem Aktienzertifikat und jede Ausübung von Aktionärsrechten schliesst die Anerkennung der Gesellschaftsstatuten in der jeweils gültigen Fassung in sich.

Art. 4

Ueber die Eigentümer bzw. Nutzniesser der Aktien ist ein Aktienbuch zu führen, in das die Aktionäre und Nutzniesser mit Namen und Adresse eingetragen werden.

Eintragung in das Aktienbuch setzt einen Ausweis über die formrichtige Uebertragung zu Eigentum oder Nutzniessung voraus.

Die Eintragung ist durch dem Verwaltungsrat auf dem Aktientitel zu bescheinigen.

Im Verhältnis zu der Gesellschaft wird als Aktionär oder Nutzniesser betrachtet, wer im Aktienbuch eingetragen ist.

Der Verwaltungsrat kann nach Anhörung des Betroffenen Eintragungen im Aktienbuch streichen, wenn diese durch falsche Angaben des Erwerbers zustande gekommen sind. Dieser muss über die Streichung sofort informiert werden.

Art. 5

Die Aktien und Zertifikate sind übertragbar. Die Uebertragung durch Rechtsgeschäft kann durch Uebergabe des indossierten Aktientitels an den Erwerber erfolgen.

Die Aktien dürfen nur mit Zustimmung des Verwaltungsrates übertragen oder zur Nutzniessung hingegeben werden. Der Verwaltungsrat kann das Gesuch um Zustimmung ablehnen, wenn er einen wichtigen Grund hiefür bekannt gibt, oder wenn er dem Veräusserer der Aktien anbietet, die Aktien für Rechnung der Gesellschaft, anderer Aktionäre oder Dritter zum wirklichen Wert im Zeitpunkt des Gesuches zu übernehmen. Der Erwerber kann verlangen, dass der Richter am Sitz der Gesellschaft den wirklichen Wert bestimmt. Die Kosten der Bewertung trägt die Gesellschaft.

Der Verwaltungsrat kann überdies die Eintragung in das Aktienbuch verweigern, wenn der Erwerber nicht ausdrücklich erklärt, dass er die Aktien in eigenem Namen und auf eigene Rechnung erworben hat.

Im Falle der Verweigerung der Zustimmung ist dem veräusserungswilligen Aktionär der Grund der Verweigerung mitzuteilen.

Lehnt der Verwaltungsrat das Gesuch um Zustimmung innert dreier Monate nach Erhalt nicht oder zu Unrecht ab, so gilt die Zustimmung als erteilt.

Solange eine erforderliche Zustimmung zur Uebertragung von Aktien nicht erteilt wird, verbleiben das Eigentum an den Aktien und alle damit verknüpften Rechte beim Veräusserer.

Art. 6

Der Verwaltungsrat überwacht die Zusammensetzung des Aktionärskreises im Hinblick auf den Gesellschaftszweck und die wirtschaftliche Selbständigkeit der Gesellschaft. Er ist berechtigt, Gesuche um Aktienübertragung abzulehnen, wenn

1. der Erwerber ein Konkurrent der Gesellschaft ist oder Gesellschaften konkurrenziert, an denen die Gesellschaft beteiligt ist
2. die wirtschaftliche Selbständigkeit des Unternehmens gefährdet wird.
3. der Erwerber nicht die schweizerische Nationalität aufweist.

Art. 7

Bei Erhöhung des Aktienkapitals ist jeder Aktionär berechtigt, einen seiner bisherigen Beteiligung entsprechenden Teil der neuen Aktien zu beanspruchen, soweit nicht der Beschluss über die Erhöhung des Aktienkapitals etwas anderes bestimmt.

Der Beschluss der Generalversammlung über die Erhöhung des Aktienkapitals darf das Bezugsrecht nur aus wichtigen Gründen aufheben. Als wichtige Gründe gelten insbesondere die Uebernahme von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Beteiligungen sowie die Beteiligung der Arbeitnehmer. Durch die Aufhebung des Bezugsrechtes darf niemand in unsachlicher Weise begünstigt oder benachteiligt werden.

Der Beschluss der Generalversammlung, womit das Bezugsrecht aufgehoben oder eingeschränkt wird, muss mindestens zwei Drittel der vertretenen Stimmen und die absolute Mehrheit der vertretenen Aktiennennwerte auf sich vereinigen. Ein solcher Beschluss muss Angaben enthalten über die Zuweisung nicht ausgeübter oder entzogener Bezugsrechte.

Art. 8

Die Gesellschaft darf eigene Aktien nur dann erwerben, wenn frei verwendbares Eigenkapital in der Höhe der dafür nötigen Mittel vorhanden ist und der gesamte Nennwert dieser Aktien zehn Prozent des Aktien- und eines allfälligen Partizipationskapitals nicht übersteigt.

Werden im Zusammenhang mit einer Uebertragbarkeitsbeschränkung Namenaktien erworben, so beträgt die Höchstgrenze zwanzig Prozent. Die über zehn Prozent des Aktienkapitals und des Partizipationskapitals hinaus erworbenen eigenen Aktien sind innert zweier Jahre zu veräussern oder durch Kapitalherabsetzung zu vernichten.

Das Stimmrecht und die damit verbunden Rechte eigener Aktien ruhen. Die Gesellschaft hat für die eigenen Aktien einen dem Anschaffungswert entsprechenden Betrag gesondert als Reserve auszuweisen.

Ist die Gesellschaft an Tochtergesellschaften mehrheitlich beteiligt, so gelten für den Erwerb ihrer Aktien durch diese Tochtergesellschaften die gleichen Einschränkungen und Folgen wie für den Erwerb eigener Aktien.

Erwirbt die Gesellschaft die Mehrheitsbeteiligung an einer anderen Gesellschaft, die ihrerseits Aktien der Erwerberin hält, so gelten diese Aktien als eigene Aktien der Erwerberin.

Die Reservenbildung obliegt der Gesellschaft, welche die Mehrheitsbeteiligung hält.

III. ORGANE DER GESELLSCHAFT

a) Generalversammlung

Art. 19

Die Generalversammlung der Gesellschaft ist das oberste Organ der Gesellschaft.

Es stehen ihr folgende unübertragbare Befugnisse zu:

1. Die Festsetzung und Aenderung der Statuten (vorbehalten bleiben die Befugnisse des Verwaltungsrates bei Kapitalerhöhungen);
2. die Wahl des Verwaltungsrates (unter Vorbehalt von Art. 17 und OR 762) und der Revisionsstelle;
3. die Genehmigung des Geschäftsberichtes bestehend aus der Jahresrechnung (mit Erfolgsrechnung, Bilanz und Anhang) und dem Jahresbericht sowie gegebenenfalls der Konzernrechnung, sowie die Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinnes, insbesondere die Festsetzung der Dividende und des Gewinnanteils der Verwaltung;
4. die Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates;

5. die Beschlussfassung über die Gegenstände, die der Verwaltungsrat der Generalversammlung zur Stellungnahme unterbreitet;
6. die Beschlussfassung über die Gegenstände, die der Generalversammlung durch das Gesetz oder die Statuten vorbehalten sind.

Art. 10

Die Generalversammlung wird durch den Verwaltungsrat, nötigenfalls durch die Revisionsstelle, einberufen.

Die ordentliche Versammlung findet alljährlich innerhalb von sechs Monaten nach Schluss des Geschäftsjahres statt; ausserordentliche Versammlungen werden je nach Bedürfnis einberufen.

Die Einberufung einer Generalversammlung kann auch von einem oder mehreren Aktionären, die zusammen mindestens zehn Prozent des Aktienkapitals vertreten, schriftlich unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes und der Anträge verlangt werden.

Art. 11

Die Generalversammlung ist spätestens 20 Tage vor dem Versammlungstage schriftlich an die im Aktienbuch eingetragenen Aktionäre einzuberufen. Der Versand an die letzte dem Verwaltungsrat bekanntgegebene Adresse gilt als rechtsgenügende Zustellung.

In der Einberufung sind die Verhandlungsgegenstände sowie die Anträge des Verwaltungsrates und der Aktionäre bekanntzugeben, welche die Durchführung einer Generalversammlung oder die Traktandierung eines Verhandlungsgegenstandes verlangt haben.

Ueber Anträge zu nicht gehörig angekündigten Verhandlungsgegenständen können keine Beschlüsse gefasst werden; ausgenommen sind Anträge auf Einberufung einer ausserordentlichen Generalversammlung und auf Durchführung einer Sonderprüfung.

Zur Stellung von Anträgen im Rahmen der Verhandlungsgegenstände und zu Verhandlungen ohne Beschlussfassung bedarf es keiner vorgängigen Ankündigung.

Spätestens zwanzig Tage vor der ordentlichen Generalversammlung sind der Geschäftsbericht und der Revisionsbericht den Aktionären am Gesellschaftssitz zur Einsicht aufzulegen. Jeder Aktionär kann verlangen, dass ihm unverzüglich eine Ausfertigung dieser Unterlagen zugestellt wird. Die Aktionäre sind hierüber auf dem für die Einladung zur Generalversammlung geltenden Weg zu unterrichten.

Art. 12

Die Eigentümer oder Vertreter sämtlicher Aktien können falls kein Widerspruch erhoben wird, eine Generalversammlung ohne Einhaltung der für die Einberufung vorgeschriebenen Formvorschriften abhalten.

In dieser Versammlung kann über alle in den Geschäftskreis der Generalversammlung fallenden Gegenstände gültig verhandelt und Beschluss gefasst werden, solange die Eigentümer oder Vertreter sämtlicher Aktien anwesend sind.

Art. 13

Die Generalversammlung ist beschlussfähig ohne Rücksicht auf die Anzahl der vertretenen Aktienstimmen.

Vorbehältlich von Abs. 3 hienach fasst die Generalversammlung ihre Beschlüsse und vollzieht ihre Wahlen mit der absoluten Mehrheit der vertretenen Aktienstimmen. Kommt bei Wahlen im ersten Wahlgang die Wahl nicht zustande, findet ein zweiter Wahlgang statt, in dem das relative Mehr entscheidet. Bei Stimmengleichheit entscheidet bei Beschlüssen die Stimme des Vorsitzenden, bei Wahlen das Los.

Ein Beschluss der Generalversammlung, der mindestens zwei Drittel der vertretenen Stimmen und die absolute Mehrheit der vertretenen Aktiennennwerte auf sich vereinigt, ist erforderlich für:

1. die Einführung von Stimmrechtsaktien,
2. die Verschärfung, Erleichterung oder Aufhebung der Beschränkung der Uebertragbarkeit von Namenaktien,
3. eine genehmigte oder eine bedingte Kapitalerhöhung,
4. die Kapitalerhöhung aus Eigenkapital, gegen Sacheinlage oder zwecks Sachübernahme und die Gewährung von besonderen Vorteilen,
5. die Einschränkung oder Aufhebung des Bezugsrechtes,
6. die Verlegung des Sitzes der Gesellschaft,
7. die Auflösung der Gesellschaft,
8. die Änderung des Gesellschaftszweckes.

Art. 14

Jede Aktie berechtigt zur Abgabe einer Stimme, ohne Rücksicht auf den Nennwert oder auf den Betrag, der auf den Nennwert einbezahlt ist. Anderslautende gesetzliche Vorschriften bleiben vorbehalten.

Bei Beschlüssen über die Entlastung des Verwaltungsrates haben Personen, die in irgendeiner Weise an der Geschäftsführung teilgenommen haben, kein Stimmrecht.

Die Aktionäre können ihre Aktien selbst vertreten oder durch einen anderen eingetragenen Aktionär mit schriftlicher Vollmacht vertreten lassen. Gesetzliche Vertreter müssen weder Aktionäre sein, noch benötigen sie eine schriftliche Vollmacht.

Stimmberechtigt ist, wer durch den Eintrag im Aktienbuch am Tage der Spedition der Einladungen ausgewiesen oder vom Aktionär dazu bevollmächtigt ist.

Schlägt die Gesellschaft den Aktionären ein Mitglied ihrer Organe oder eine andere abhängige Person (Organvertreter) vor, so muss sie zugleich eine unabhängige Person bezeichnen, die von den Aktionären mit der Vertretung beauftragt werden kann.

Organvertreter, unabhängige Stimmrechtsvertreter und Depotvertreter geben der Gesellschaft Anzahl, Art, Nennwert und Kategorie der von ihnen vertretenen Aktien bekannt. Der Vorsitzende teilt diese Angaben gesamthaft für jede Vertretungsart der Generalversammlung mit.

Art. 15

Die Generalversammlung findet in der Regel am Sitze der Gesellschaft statt; der Verwaltungsrat ist jedoch befugt, einen anderen Sitzungsort zu bestimmen.

Der Präsident des Verwaltungsrates oder bei dessen Verhinderung der Vize-Präsident oder ein anderes Mitglied des Verwaltungsrates führt den Vorsitz. Der Vorsitzende bezeichnet einen Protokollführer, der nicht Aktionär sein muss.

Die Verhandlungen, Beschlüsse und Wahlen der Generalversammlung werden durch Protokoll beurkundet, das vom Vorsitzenden und vom Protokollführer zu unterzeichnen ist.

b) Verwaltungsrat

Art. 16

Der Verwaltungsrat besteht aus 5 bis 13 Mitgliedern.

Zwei Mitglieder des Verwaltungsrates werden im Sinne von Art. 762 OR vom Regierungsrat des Kantons Solothurn und drei Mitglieder von der Einwohnergemeinde der Stadt Grenchen bezeichnet. Durch Beschluss der Generalversammlung kann noch weiteren Gemeindewesen ein Vertretungsrecht im Verwaltungsrat eingeräumt werden.

Die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrates wählt die Generalversammlung der Aktionäre auf die Dauer von drei Jahren.

Art. 17

Dem Verwaltungsrat obliegt die oberste Leitung der Gesellschaft und die Ueberwachung der Geschäftsführung. Soweit der Verwaltungsrat die Geschäftsführung nicht übertragen hat, ist er das geschäftsführende Organ.

Der Verwaltungsrat beschliesst über alle Angelegenheiten, die nicht nach Gesetz, Statuten oder Reglement der Generalversammlung oder der Revisionsstelle übertragen oder vorbehalten sind.

Der Verwaltungsrat hat folgende unübertragbare und unentziehbare Aufgaben:

1. Die Oberleitung der Gesellschaft und die Erteilung der nötigen Weisungen;
2. die Festlegung der Organisation;
3. die Ausgestaltung des Rechnungswesens, der Finanzkontrolle sowie der Finanzplanung;
4. die Ernennung und Abberufung der mit der Geschäftsführung und der Vertretung betrauten Personen;
5. die Oberaufsicht über die mit der Geschäftsführung betrauten Personen, auch im Hinblick auf die Befolgung der Gesetze, Statuten, Reglemente und Weisungen;
6. die Erstellung des Geschäftsberichtes sowie die Vorbereitung der Generalversammlung und die Ausführung ihrer Beschlüsse;
7. die Benachrichtigung des Richters im Falle der Ueberschuldung;

8. Beschlussfassung über die nachträgliche Leistung von Einlagen auf nicht vollständig liberierte Aktien;
9. Beschlussfassung über die Feststellung von Kapitalerhöhungen und daraus folgende Statutenänderungen;
10. Prüfung der fachlichen Voraussetzungen der besonders befähigten Revisoren für die Fälle, in welchen das Gesetz den Einsatz solcher Revisoren vorsieht.

Der Verwaltungsrat kann die Vorbereitung und die Ausführung seiner Beschlüsse oder die Ueberwachung von Geschäften Ausschüssen oder einzelnen Mitgliedern zuweisen. Er hat für eine angemessene Berichterstattung an seine Mitglieder zu sorgen.

Art. 18

Der Verwaltungsrat ist ermächtigt, die Geschäftsführung oder einzelne Zweige derselben sowie die Vertretung der Gesellschaft nach Massgabe eines Organisationsreglementes an eine oder mehrere Personen, Mitglieder des Verwaltungsrates (Delegierte) oder Dritte, die nicht Aktionäre zu sein brauchen (Direktoren), zu übertragen. Indessen muss wenigstens ein Mitglied der Verwaltung zur Vertretung der Gesellschaft befugt sein.

Der Verwaltungsrat bestimmt die zeichnungsberechtigten Personen, sowie die Art der Zeichnung. Sofern der Verwaltungsrat nicht nur aus einem Mitglied besteht, zeichnen alle Verwaltungsratsmitglieder ohne anderslautenden Beschluss und die anderen zeichnungsberechtigten Personen kollektiv zu zweien.

Der Verwaltungsrat ist berechtigt, einen Beirat zu bestellen, der ihm beratend zur Seite steht. Der Beirat soll in der Regel drei oder mehr Mitglieder aufweisen.

Art. 19

Der Präsident oder im Falle seiner Verhinderung der Vizepräsident beruft den Verwaltungsrat ein, sooft die Geschäfte der Gesellschaft es erfordern, ferner, sofern ein Mitglied des Verwaltungsrates es unter Angabe der Gründe verlangt.

Die Beschlüsse des Verwaltungsrates werden mit absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Stimmengleichheit zählt die Stimme des Vorsitzenden doppelt. Beschlussfassungen auf dem Zirkulationsweg durch Brief, Telegramm, Telex, Telefax oder in einer anderen Form der Uebermittlung, die den Nachweis des beschlossenen Textes ermöglicht, sind statthaft, sofern kein Mitglied mündliche Beratung verlangt.

Ueber die Beschlüsse des Verwaltungsrates ist ein Protokoll zu führen, das vom Präsidenten und vom Sekretär zu unterzeichnen ist.

Art. 20

Jedes Mitglied des Verwaltungsrates kann Auskunft über alle Angelegenheiten der Gesellschaft verlangen. In den Sitzungen sind alle Mitglieder des Verwaltungsrates sowie die mit der Geschäftsführung betrauten Personen zur Auskunftserteilung verpflichtet. Ausserhalb der Sitzungen kann jedes Mitglied von den mit der Geschäftsführung betrauten Personen Auskunft über den Geschäftsgang und, mit Ermächtigung des Präsidenten, auch über einzelne Geschäfte verlangen.

Art. 21

Der Verwaltungsrat setzt für seine ihm durch Gesetz und Statuten überbundenen Pflichten und Verantwortlichkeiten und für seine allgemeine Verwaltungstätigkeit zulasten der betrieblichen Aufwendungen einen vom Jahres- und Bilanzgewinn unabhängigen, bestimmten Betrag fest. Ausserdem haben die Mitglieder Anspruch auf Ersatz ihrer Unkosten.

Der Verwaltungsrat ist befugt, spezielle Bemühungen einzelner Mitglieder zulasten der betrieblichen Aufwendungen besonders zu entschädigen.

c) Revisionsstelle

Art. 22

Die Generalversammlung hat einen oder mehrere Revisoren oder eine Treuhandgesellschaft als Revisionsstelle zu wählen; sie kann auch Ersatzmänner bezeichnen.

Dem Kanton Solothurn, sowie den Gemeindewesen, die im Verwaltungsrat gemäss Art. 16 vertreten sind, wird das Recht eingeräumt, durch ihre Organe eine angemessene Kontrolle über die Verwaltung durchzuführen.

Die Revisoren und Ersatzmänner brauchen nicht Aktionäre zu sein; sie müssen von Verwaltungsrat und von einem Aktionär, der über die Stimmenmehrheit verfügt, unabhängig sein und dürfen nicht Mitglieder des Verwaltungsrates oder Angestellte der Gesellschaft sein und keine Arbeiten für die Gesellschaft ausführen, die mit dem Prüfungsauftrag unvereinbar sind. Wenigstens ein Revisor muss seinen Wohnsitz, seinen Sitz oder eine eingetragene Zweigniederlassung in der Schweiz haben.

Die Revisionsstelle wird je für ein Jahr gewählt und ist wieder wählbar.

Die Revisionsstelle ist im Handelsregister einzutragen.

Art. 23

Die Revisionsstelle berichtet der Generalversammlung schriftlich über das Ergebnis ihrer Prüfung. Sie empfiehlt Abnahme, mit oder ohne Einschränkung, oder Rückweisung der Jahresrechnung.

Der Bericht nennt die Personen, welche die Revision geleitet haben, und bestätigt, dass die Anforderungen an Befähigung und Unabhängigkeit erfüllt sind.

Stellt die Revisionsstelle bei der Durchführung ihrer Prüfung Verstösse gegen Gesetz oder Statuten fest, so meldet sie dies schriftlich dem Verwaltungsrat, in wichtigen Fällen auch der Generalversammlung.

Art. 24

Die Revisoren wahren bei der Berichterstattung und Auskunfterteilung die Geschäftsgeheimnisse der Gesellschaft. Es ist ihnen untersagt, von den Wahrnehmungen, die sie bei der Ausführung ihres Auftrages gemacht haben, einzelnen Aktionären oder Dritten Kenntnis zu geben. Vorbehalten bleibt die Auskunftspflicht gegenüber einem Sonderprüfer.

III. JAHRESABSCHLUSS

Art. 25

Das Geschäftsjahr stimmt mit dem Kalenderjahr überein.

Art. 26

Der Verwaltungsrat erstellt für jedes Geschäftsjahr einen Geschäftsbericht, der sich aus der Jahresrechnung, dem Jahresbericht und, sofern gesetzlich vorgeschrieben, einer Konzernrechnung zusammensetzt.

Art. 27

Die Jahresrechnung besteht aus der Erfolgsrechnung, der Bilanz und dem Anhang.

Für die Aufstellung der Jahresrechnung sind insbesondere die Mindestgliederungsvorschriften des Schweizerischen Obligationenrechtes massgebend. Die Jahresrechnung enthält auch die Zahlen des Vorjahres.

Die Jahresrechnung ist nach den Grundsätzen vorsichtiger Bilanzierung aufzustellen unter Vornahme angemessener Abschreibungen und Rückstellungen für die Erneuerung der Flugplatzanlagen.

Art. 28

Der Jahresbericht stellt den Geschäftsverlauf sowie die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Gesellschaft dar. Er nennt die im Geschäftsjahr eingetretenen Kapitalerhöhungen und gibt die Prüfungsbestätigung wieder.

Art. 29

Einem allgemeinen Reservefonds sind jährlich fünf Prozent eines allfälligen Jahresgewinnes zuzuweisen, bis dieser Fonds die Höhe von zwanzig Prozent des einbezahlten Aktienkapitals und des einbezahlten Partizipationskapitals erreicht hat. Die Versammlung kann auch eine höhere Zuweisung beschliessen.

Im übrigen gelten die Bestimmungen des Schweizerischen Obligationenrechtes.

V. AUFLÖSUNG UND LIQUIDATION

Art. 30

Für die Auflösung der Gesellschaft gelten die Bestimmungen der Art. 736 ff des Obligationenrechtes. Unter Vorbehalt abweichender Beschlüsse der Generalversammlung wird die Liquidation vom Verwaltungsrat vorgenommen. Der Verwaltungsrat ist befugt, die Aktiven freihändig zu verwerten.

Zur Beschlussfassung über die Auflösung der Gesellschaft bedarf es der Zustimmung von zwei Dritteln aller Aktien.

Art. 31

An den Flugplatzeinrichtungen und -Liegenschaften wird dabei der Gemeinde Grenchen und dem Kanton Solothurn ein Kaufsrecht zu einem angemessenen, von der kantonalen Schätzungskommission festzulegenden Preis eingeräumt.

VI. BEKANNTMACHUNGEN

Art. 32

Publikationsorgan der Gesellschaft für die öffentlichen Bekanntmachungen ist das Schweizerische Handelsamtsblatt. Sofern sämtliche Aktionäre bekannt sind, erfolgen alle Mitteilungen durch eingeschriebenen Brief, mit Ausnahme der Einladung zu Generalversammlungen, welche auch mit gewöhnlicher Post erfolgen können.

Notarielle Beglaubigung

Die vorstehende Urkunde enthält die heute gültigen Statuten der Regionalflugplatz Jura-Grenchen mit den anlässlich der a.o. Generalversammlung vom 16.6.1997 beschlossenen Aenderungen.

Grenchen, den 16.6.1997

Der Notar:

